

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901**

30.1.1901 (No. 29)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 30. Januar.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unberlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Stg.“ — gestattet.

Nr. 29.

1901.

Abonnement auf die „Karlsruher Zeitung“ für die Monate

Februar und März

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Theil

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 12. Januar d. J. gnädigt geruht, die Finanzpraktikanten

Julius Weigand von Buchen und Ludwig Sammet von Mannheim

unter Verleihung des Titels Finanzassessor zu zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrollenrang zu ernennen.

Mit Entschließung Groß-Ministeriums des Groß-H. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Januar d. J. wurde Stationsverwalter Max Hundt in Kenzingen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste mit Wirkung vom 1. März 1901 in den Ruhestand versetzt.

## Nicht-Amtlicher Theil

### „Brodwucher“.

Die Thatfache der von dem Ministerpräsidenten Grafen v. Balow im preussischen Abgeordnetenhaus namens der Staatsregierung abgegebenen unumwundenen Erklärung über den der Landwirtschaft künftighin zu gewährenden erhöhten Zollsatz muß auch denen willkommen sein, die eine solche Zollsteigerung aus irgendwelchen Erwägungen glauben ablehnen zu müssen. Denn in den Widerstreit der Meinungen über die Getreidezollfrage ist durch jene Rundgebung eine Klärung hineingetragen worden, die einer festeren Stellungnahme der Parteien zu dem berührten Thema nur dienlich sein kann.

Die seit Wochen eingeleitete Agitation gegen die Getreidezölle wird, nachdem die Stärke der Gegenseite offenbar geworden ist, voraussichtlich mit verdoppeltem Eifer in Gang gebracht werden. Die Hauptstücke aus dem Arsenal der Gegner der Agrarzölle sind namentlich aus den Volksversammlungen, in denen Freisinnige, Nationalsoziale und Sozialdemokraten zum Kampfe aufriefen, sowie aus einer ganzen Serie theoretischer Flugblätter und Vorträge hinlänglich bekannt. In allen diesen rednerischen und publizistischen Auslassungen wird mit besonderer Vorliebe gegen den „Brodwucher“ geeifert. Unter dieser Parole sind die demokratischen Heerschaaren aller Schattierungen seit mehr als zwei Dezennien bei jeder Debatte über das vom ersten Reichskanzler in's Werk gesetzte wirtschaftspolitische Programm in's Feld gezogen. Den gegenwärtig auf's neue sich erhebenden Klagen über „Brodwucher“ wird man wie früher so auch jetzt eine wesentliche Bedeutung nicht beimessen dürfen. Die den „Brodwucher“ vermeintlich bedingenden Getreidezölle haben den gewaltigen Aufschwung der deutschen Industrie und die außerordentliche Verbesserung in der Lebenshaltung des deutschen Arbeiterstandes nicht aufgehalten, haben vielmehr, als ein höchwichtiges Glied in der Kette der nationalen Wirtschaftspolitik, unserem wirtschaftlichen Gedeihen manche neue Antriebe zugeführt. Es muß auch dahingestellt bleiben, inwiefern die in Aussicht genommene Steigerung der Getreidezölle eine Brodwerthvermehrung zur Folge haben wird. Jedenfalls läßt die Thatfache, daß die Getreide- und Brodpreise in Deutschland in Zeiten mit außerst niedrigen oder gar nicht vorhandenen Getreidezöllen beträchtlich höher standen, als es gegenwärtig der Fall ist, erkennen, daß nicht lediglich der Zollpolitik die Verantwortung für die Gestaltung der Brodpreise aufgebürdet werden kann. Die Erkenntniß aber, daß billige Lebensmittel keineswegs eine notwendige Voraussetzung für die fortschreitende Entwicklung der Arbeiterklasse sind, hat selbst in Kreisen Wurzel geschlagen, die von der demokratischen Presse durch die heftigen Angriffe auf die „Kornwucherpartei“ jetzt in Bewegung und Erregung gebracht werden sollen.

## Die Kriegsbereitschaft der englischen Flotte.

Die „Times“ weisen darauf hin, daß um diese Zeit gewöhnlich die Voranschläge für die Flotte ausgearbeitet und dem Kabinete unterbreitet werden, sei es zur Bestätigung oder zur Begrenzung, wenn der Schatzkanzler Ersparnisse darin zu machen wünscht. Die allgemeine Politik der Regierung hänge gewöhnlich sehr von den Finanzen ab. Falls der Marineminister erklärt: „Ich kann nicht ohne so und so viel fertig werden“ und der Schatzkanzler erwidert: „Ich kann so viel nicht erschwingen“ müsse selbstredend der Eine von den Beiden nachgeben und das Kabinete oder der Premierminister zwischen ihnen entscheiden. Die „Times“ sind nun der festen Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Weltlage nicht gestatte, „ein Jota von der Flottenvorbereitung nachzulassen, die für Englands Sicherheit zur See von dem dafür verantwortlichen Ministerium nötig erachtet wird“. Rosebery habe jüngst gesagt, die großen Rüstungen des Festlandes begünstigten die Erhaltung des Friedens. Aber — so sagen die „Times“ — die britische Flotte könne nur den Frieden begünstigen, wenn sie stark genug in jeder Hinsicht für die hinreichende Erfüllung ihrer Hauptpflichten im Kriege vorbereitet sei. Diesen Bedingungen könne nur durch starke Wachsamkeit und ungeschwächte Anstrengung genügt werden. Es sei Sache der Admiralität, diese Eigenschaften zu entwickeln und aufzuwenden, und es sei ferner Sache des Landes, darauf zu sehen, daß sie nicht durch „die versteckte und unverantwortliche Aktion des Schatzamts“ neutralisiert werde. Das Land müsse darauf bestehen, daß das Kabinete und besonders der Premierminister die Forderungen der Admiralität unterstütze; das Land habe seine Marineverpflichtung nicht unter die Kontrolle des Schatzkanzlers zu stellen.

In ihrem sehr beachtenswerthen Artikel führen die „Times“ aus, daß es zwei Punkte insbesondere gibt, auf die die Aufmerksamkeit der Admiralität, der Regierung und des Landes gegenwärtig speziell gelenkt werden müsse. Erstens die Hinlänglichkeit unter jetzigen Umständen der Norm der Gleichheit mit den Flotten von zwei anderen Seemächten; zweitens die Nothwendigkeit die englischen Kampfslotten auf den Kriegszug zu stellen und zu unterhalten. Es sei eine sehr ernste Sache, zu sagen, daß die angenommene Norm der Gleichheit mit den Flotten irgend welcher zwei fremden Mächte sofort von Neuem erwogen werden sollte, denn jene Norm sei nicht für den Augenblick völlig in jeder Hinsicht behauptet. Aber diese Neuermäßigung sei hinlänglich durch amtliche Erklärungen mehrerer Marineminister vorgelesen, und Selborne sei nicht der Mann, die Politik seiner Vorgänger in dieser höchwichtigen Hinsicht aufzugeben. Von Selborne erwarte die „Times“, daß die von Lord Goschen 1897 ausgesprochenen Worte jetzt in jeder Zeit erfüllt werden. Goschen sagte 1897: „Es gibt, was ich ein Gleichgewicht nennen kann, in den Flotten Europas... Falls irgend welche abnormen Anstrengungen gemacht werden oder irgend ein abnormes Programm thatsächlich zur Ausführung gebracht wird, das den allgemeinen Betrag von Flottenmacht, der verschiedenen Länder gehören würde, zu fördern scheinen würde, so würde ich es sicherlich für meine Pflicht halten, und die Regierung würde es als ihre Pflicht halten, die Position von neuem zu erwägen.“ Die „Times“ meinen, die Rückstände im Flottenbau, die durch den Streik von 1897 entstanden, scheinen es verfrüht zu machen, von einer Neuermäßigung der Norm zu reden, bis die Rückstände bewältigt werden können. Es sei weit besser, so schnell als thunlich die vielen schon angefangenen Schiffe zu vollenden als neue anzufangen. Aber daraus folge nicht, daß England die Hände verzeiwelt in den Schooß legen und die Rückstände als „unvermeidliche“ acceptiren solle. Andere Mächte hätten Schiffe in weit geringerer Zeit bauen und vollenden lassen, als Englands Schiffe jetzt zu vollenden erfordern. Das Land verlange Auskunft darüber, wie dies möglich sei.

Ueber den zweiten Punkt erklären die „Times“ „deutlich und entschlossen“ sprechen zu wollen. Seit Monaten werde betont, daß die englischen Kriegslotten für den Krieg nicht hinreichend vorbereitet und ausgerüstet sind. Während eines bedeutenden Zeitraums des verfloffenen Jahres sei die der Mittelmeerflotte beigegebene Zahl der Kreuzer auf eine positiv gefährliche Unzulänglichkeit reduziert und in neuester Zeit das Kanalgeschwader zeitweilig von Kreuzern ziemlich entblößt gewesen. Ferner sei es im Hinblick auf die Thatfache, daß das neue französische Flottenprogramm nicht weniger als 150 neue

Torpedoboote umfaßt, klar, daß eine sehr große Vermehrung englischer Torpedobootvernichter sofort vorgenommen werden müsse und daß die Kampfslotten hinlänglich zu allen Zeiten mit diesen unentbehrlichen Hilfschiffen versehen sein müßten. Von anderen Flottenhilfschiffen sei der englische verfügbare Vorrath „lächerlich ungenügend.“ In einem Konflikt zwischen zwei Flotten gleich an Zahl sei es selbstverständlich, daß die beste equipirte und eingetübte gewinnen muß. Wenn England für den Augenblick die Stärke der eigenen Schlachtlotten nicht vermehren könne, sollten sie doch für den Krieg zum äußersten Punkt der Vollkommenheit ausgerüstet und eingeübt sein. Daß dies nicht der Fall, ist die Ansicht der „Times“ und sie halten eine Flottenniederlage für weit ernster als eine militärische. Daher müsse die Schlachflotte im Stande sein, zu allen Zeiten für die Sicherheit der See, die sie zu bewachen hat, aufzukommen, sie müsse in jeder Hinsicht auf dem Fuße sofortiger Kriegsbereitschaft und auf einer Stärke, die dem Erfordernisse der Situation gewachsen sei, erhalten werden. Das sei die Politik, die die Admiralität bei der Vorbereitung der Marinevorschläge befolgen sollte, und es sei die Politik, die, falls die Admiralität ihre Pflicht thun soll, das Kabinete zu befolgen sich nicht weigern könne.

## Eine Ueberraschung?

Stuttgart, 29. Januar.

Am Schluß einer viertägigen Staatsdebatte, als eben der Redestrom zu versiegen schien, hat der Ministerpräsident Frhr. Schott von Schottenstein der Abgeordnetenversammlung noch positive Mittheilungen über die Stellung der Regierung zur Verfassungsrevision gemacht, während er zwei Tage zuvor mehr nur die negative Seite der Frage, die derzeitige Ausichtslosigkeit einer erfolgreichen Lösung, behandelt hatte. In dieser zweiten Rede des auf dem politischen Parkett sich nicht ohne Glück bewegenden Ministergenerals wollen nun die Leute, die in seiner ersten Auslassung und zuvor schon in der Thronrede mit Gewalt ein Abschwenken vom Mittnacht'schen Kurs hatten erblicken wollen, eine „Ueberraschung“, eine neue Schwentung ja ein Zurückweichen der Regierung sehen, das sie natürlich sich als einen Erfolg auf's Konto setzen. Wie liegen dem gegenüber die Thatfachen?

Zunächst hat der Ministerpräsident selbst ausdrücklich ausgesprochen, daß er dieselben Erklärungen wie jetzt, schon früher hätte geben können, daß er bei seiner ersten Erklärung nur mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit diese weitere Ausführung unterlassen habe und daß ihm seither der weitere Verlauf der Debatte nicht mehr die genügende Anregung zu weiterer Aussprache gegeben habe. Es war nicht die Schuld des Ministerpräsidenten, daß diese Anregung erst ganz am Schluß der Samstagssitzung durch eine Rede des Abg. R. Gaußmann kam, der aus einer Erklärung des Ministers des Innern v. Bischof, daß keine Schwentung der Regierung stattgefunden habe, eine „Unterströmung“ innerhalb der Regierung glaubte ableiten zu können.

Und was ist nun der Inhalt der positiven Erklärungen des Ministerpräsidenten? Kurz gesagt nichts anderes, als was von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte: daß nämlich die Regierung in der Hauptsache noch auf dem Boden des Mittnacht'schen Verfassungsrevisionsentwurfs steht. Die parlamentarisch-politische Lage ist noch dieselbe. Die Regierung ist mit einer Ausnahme noch aus denselben Persönlichkeiten zusammengesetzt, wo sollte da Grund und Anstoß zu einer veränderten Stellungnahme gegeben sein? Nur in einer Spezialfrage, in der der Mittnacht'sche Entwurf bereits überlebt und veraltet ist, nämlich in der Frage des Erfahes der aus der Zweiten Kammer auszuschließenden Privilegirten auf dem Wege der Proportionalwahl, läßt die Regierung nunmehr die Entscheidung offen. Mit dem, wie gesagt selbstverständlichen, Bekenntniß der Regierung zum Mittnacht'schen Entwurf ist nun aber für den gegenwärtigen Stand der Sache irgend eine Lösung noch nicht gegeben. Denn der Mittnacht'sche Entwurf ist ja gerade gescheitert und die Klärung dafür, ob und wann seine Wiederaufnahme einen Erfolg in Aussicht stellt, kann schlechterdings nur aus der Mitte der Ständeverammlung kommen, was eben der Standpunkt ist, auf den sich die Thronrede gestellt hat. Für jetzt ist die Ueberzeugung von der Durchführbarkeit einer Reformation bei der Regierung nicht vorhanden und sie war auch —

der schärfste Dämpfer, der ausschweifenden Hoffnungen aufgekehrt werden konnte — bei dem aus dem Amt geschiedenen Ministerpräsidenten Frhrn. v. Mittnacht nicht vorhanden. Die neueste Erklärung des Ministerpräsidenten ist eine feine Abfertigung für gewisse demokratische Politiker, die, ohne der großen Kunst zu achten, die zwischen ihnen und den politischen Auffassungen Mittnachts jederzeit bestand, sich jetzt an seine Persönlichkeit drängen, um die jetzige Regierung bei sachlichem Widerstreben gegen ihre Wünsche des Verlassens der Mittnachtschen Bahnen bezichtigen zu können.

### Aus Elsaß-Lothringen.

SRK, Straßburg, 28. Januar.

Von der Strafkammer des Landgerichts in Zabern wurde dieser Tage der Drucker und Verleger des „Zaberner Anzeiger“ zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er von einem bei ihm gedruckten Wahlaufsatz eines Kandidaten bei den jüngsten Bezirkswahlen die vorgeschriebenen zwei Exemplare für die Landesbibliothek und für die Bibliothek des Ministeriums des Innern nicht auf dem Bezirkspräsidentium beziehungsweise auf der Kreisdirektion hinterlegt hat. Auf wiederholte von Seiten der Kreisdirektion an ihn ergangene Aufforderungen dazu hatte der Drucker sich nachdrücklich und in bestimmtester Weise geweigert, die verlangten Exemplare zu Bibliothekszwecken abzugeben. Daraufhin wurde von der Staatsanwaltschaft die Anklage gegen ihn erhoben.

An und für sich ist das Vorkommnis ja ein ganz unbedeutendes und wäre kaum der Erwähnung wert, wenn nicht hieran in einem gewissen Theil der reichsständischen Presse sofort wieder das alte Geschrei und Gelage über „Ausnahmegeetze“ mit dem Hinweis darauf geknüpft würde, daß Verordnungen der alten französischen Preßgesetzgebung hierzulande noch immer gültig und in Kraft seien! Nun ist bekanntlich durch Gesetz vom 8. August 1898 das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 auch in Elsaß-Lothringen eingeführt worden mit dem alleinigen Vorbehalt von zwei Bestimmungen, von denen die eine das Verbot ausländischer Zeitungen und Druckschriften und die andere die Bestellung einer Kautions bei inländischen periodischen Druckschriften betrifft. Das Reichsgesetz aber besagt in § 30 ausdrücklich: „Die Vorschriften der Landesgesetze über Abgabe von Freiemplaren an Bibliotheken und öffentliche Sammlungen werden durch dieses Gesetz nicht berührt.“ Bezüglich der eventuellen Verpflichtung der Drucker, beziehungsweise der Verleger und Herausgeber oder sonstiger Personen zur Hinterlegung von Freiemplaren zu Bibliothekszwecken gilt somit in Preußen das preussische, in Bayern das bayerische, in Württemberg das württembergische Landesgesetz und gelten in Elsaß-Lothringen also selbstverständlich die darüber bestehenden landesrechtlichen Anordnungen. Diese finden sich allerdings in den alten französischen Gesetzen vom 21. Oktober 1814 und vom 9. Januar 1828. Allein von „Ausnahmegeetzen“ in dem Falle zu reden, ist sicherlich ebenso unrichtig wie unbegründet. Die Sache liegt in Elsaß-Lothringen genau ebenso wie in den übrigen Bundesstaaten. Eine gesetzliche Abänderung in dieser Beziehung herbeizuführen, ist für die reichsständische Regierung kein Anlaß gegeben, da die betreffenden Bestimmungen über die Hinterlegung von Freiemplaren ganz verständige sind und auch in anderen deutschen Staaten in analoger Weise bestehen.

### Deutscher Reichstag.

\* Berlin, 28. Januar.

Graf Ballestrem theilt mit, daß Seine Majestät der Kaiser über die Geburtstagswünsche des Reichstags hoch erfreut seinen herzlichen Dank ausgesprochen habe.

Bei der fortgesetzten Staatsberatung führt Abg. Fischel aus, er bedürfe, um sich über die Verhältnisse der Bauern zu orientieren, nicht der Einladung und Vermittelung des Fürsten Bismarck. In der freistimmigen Volkspartei säßen selbst tüchtige Landwirthe. Bismarck und seine Ständesgenossen seien keine Vertreter des Bauernstandes, sie könnten in den Junterparlamenten für die Abänderung der Wirthschaftsgesetze sorgen. Bismarck habe verächtlich von Redners Kenntniß der Landwirtschaft aus Büchern gesprochen und im selben Athem die Autorität von Professoren und ihren Büchern angezogen. Woher habe denn Dr. Hahn seine praktische Kenntniß des Landbaues den man im Lande herumspähte, um den Bauern klar zu machen, wie schlecht es ihnen gehe, oder Dr. Dertel, der doch gewiß keine Landwirtschaft treibe. Den Leuten mit Getreideböllen das Geld großschneidweise oder marktweise aus der Tasche zu nehmen, sei der reine Hohn. Fürst Hohenlohe, der gewiß genug Ar und Palm gehabt hat, habe von seinem Standpunkt als Grundbesitzer aus einandergesetzt, wie wenig Vortheil die Landwirthe von den Böllen hätten. Unter der Wirkung der Handelsverträge stieg der Brodpreis in Berlin ganz bedeutend, und zwar parallel mit der Steigerung des Roggenpreises. Der Abg. Stockmann habe ihm vorgeworfen, daß er seinen Einfluß beim Berliner Magistrat nicht geltend mache zur Abhilfe gegen die Wohnungsnoth. Die Wohnungsnoth sei ein reiner Quack gegen die Brodvertheuerung.

Abg. Steinhauer (freis. Ver.) legt dar, im Kleinbesitz hätten die letzten 40 Jahre eine größere Umwälzung herbeigeführt, als beim Großgrundbesitz. Alle Landwirthe unter 150 Morgen Besitz seien gegen die Erhöhung der Getreidebölle, weil sie selbst Getreide brauchten. Den kleinen Landwirthen sei überhaupt nicht klar, was der Maximal- und Minimaltarif bedeute.

Abg. Hilbel polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Sachse über die Verhältnisse des Bergbaues und weist auf die Berichte der Gewerbeinspektoren hin. In Westfalen würden im Bergbau überhaupt keine Frauen beschäftigt; in Schlesien auch nicht viel und diese nur auf ihren Wunsch wegen bedrängter Lage. An dem großen Theil der Unfälle haben die Bergleute selbst schuld. Redner betont, daß sich besonders in den letzten Jahren die Lohn- und Wohnungsverhältnisse im Bergbau erheblich gebessert haben.

Abg. Hehl zu Petersheim bemerkt, die Frage der Reinhaltung der Ströme, die mehreren Bundesstaaten gemeinsam seien, erfordere die Regelung durch einen Gesetzentwurf; die Prüfung durch eine Abtheilung des Reichsgesundheitsamt, das ja keine Exekution hat, genüge nicht.

Abg. Singer (Soz.) führt aus: Wir behaupten, daß die Religion Privatangelegenheit ist, für Stöcker und andere ist sie Geschäftsangelegenheit. Man betrachtet uns als außerhalb der Verfassung stehend, weil wir keine Monarchisten sind. Für uns ist die Verfassung der Maßstab der augenblicklichen Rechtslage. Etwas anderes ist, wie wir sie zu ändern hoffen. Ich denke, daß wir im Wege einer Verfassungsänderung Deutschland zu einer Republik machen können. Was wir vorschlagen, ist zum Besten der Gesamtheit, womit die Rechte kommt, ist zum Besten der privilegierten Klassen. Von ihnen stammt das Wort von der Revision der monarchischen Verfassung. Etwas Gemeineres und Ekelhafteres als die Behauptungen Stöcker's bezüglich des „Vorwärts“-Artikels vom 18. Januar habe ich noch nicht erlebt. Der Reichskanzler habe am Samstag vor den Agrariern kapitulirt; aus seinem Munde sei der Kubhandel bestätigt worden. Für die Rechte sei die Kanalvorlage nur ein Kompensationsobjekt für hohe Getreidebölle. Dazu wurde die Erklärung des Reichskanzlers abgegeben in einem Hause, das man höchstens als Karrikatur der Volksvertretung bezeichnen kann.

Vizepräsident v. Frege ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Arendt (Reichsp.) Die Getreidebölle werden vom Ausland und Inland je nach der Konjunktur getragen. Wir sind durchaus gegen eine Verquickung der Getreidebölle mit der Kanalvorlage. Ich werde gegen den Kanal stimmen, auch wenn wir noch so hohe Getreidebölle bekommen. Redner polemisiert dann in längeren Ausführungen gegen den Abg. Siemens. Wenn Siemens uns sagt, wir trieben Weltpolitik à la Posenmüchel, so halte ich diese noch für besser, als die Weltpolitik von der Burgstraße (Börse) aus.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky führt aus: Daß mein Resorort umfangreich ist, weiß ich, daß es aber so umfangreich ist, habe ich doch erst in diesen Tagen gelernt. (Heiterkeit) Graf v. Bülow habe die Erklärung im Abgeordnetenhaus als preussischer Ministerpräsident abgegeben und im übrigen nur bestätigt, was bereits Staatssekretär v. Tielmann als Anführer der Verbündeten Regierungen ausgesprochen habe. Ich kann nicht zugeben, daß die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten irgendwie den verfassungsmäßigen Standpunkt verletzt hat. Dem Bundesrath liegt bereits ein Antrag vor, der die Kompetenz des Reichsgesundheitsamtes erweitert, bezüglich der Beaufsichtigung der Fleischläufe. Ich glaube aber nicht, daß die Verbündeten Regierungen irgend einen Gesetze oder einer Verwaltungsmaßregel zustimmen, wodurch eine Reichsinsanz geschaffen wird, die in die Kompetenz der Einzelstaaten in dieser Beziehung eingreifen könnte. Eine Anzahl Mißstände wird künftig jedenfalls vermieden werden. Die Gewerbeinspektoren sind Landesbeamte, auf die ich direkt keinen Einfluß habe. Minister Bresselt erklärte mir, daß die Unterredung, wie sie der bekannte Bued. Brief schildert, stattgefunden habe, daß er aber nach so langen Jahren sich natürlich nicht mehr erinnern könne, ob seine Worte richtig wiedergegeben worden sind. Er habe damals als preussischer Minister gesprochen und werde sich über die Angelegenheit erklären, falls er daraufhin im preussischen Abgeordnetenhaus angesprochen werden sollte. — Die traurigen Zustände in der Thüringer Spielwarenindustrie sind uns vollkommen bekannt, die Details gehören vor den meiningischen Landtag. Die anerkannten Mißstände kurzer Hand zu beseitigen, ist nicht möglich, ohne die ganze Hausindustrie zu verbieten. Der Gesetzentwurf über die Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit wird auch hier Wandel schaffen. In der Nummer des „Vorwärts“ vom 8. August 1898 werden die Verdienste Kaiser Wilhelm's I. und seines großen Staatsmannes um die Sozialpolitik ziemlich unparteiisch anerkannt. Die Verquickung der Bestrebungen zu Gunsten der Lage der Arbeiter mit dem Streben nach Errichtung der Republik ist ein tatsächlicher Fehler, aber wir können darüber beruhigt sein, seit Jahrtausenden ist der schönste Zug des deutschen Volkes die Treue, und so lange es seinen Charakter nicht ändert, werden die deutschen Monarchien festhalten auf einem rocher de bronze. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Gamp (Reichsp.) führt aus: Die Rede des Abg. Siemens gibt mir Veranlassung, an ihn die Frage zu richten: Hält er es für den nationalen Interessen entsprechend, daß in einem Augenblick, wo die Reichsregierung vor der Frage steht, den Diskont zu erhöhen, die deutsche Finanz große ausländische Anleihen auf den inländischen Markt zuläßt? Das ist ein unpatriotisches Verhalten der hause finance. Ich bestritte Singer das Recht, im Namen der Mehrheit der deutschen Arbeiter zu sprechen. 18 Millionen sind allein in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter. Es thut mir in der Seele weh, wenn ich den Abg. Siemens in der Gesellschaft Singer-Steinhauer sehe. (Beifall) Graf Ballestrem: Das war keine angemessene Bemerkung. Der Abg. Siemens sagte, die Landwirtschaft sei in technischer Beziehung zurückgegangen, während der Abg. Barth die deutsche Landwirtschaft die erste der ganzen Welt genannt hat. Der Abg. Siemens hat den Befähigungsnaehweis nicht erbracht, daß er ein Fideikommiß erfolgreich bewirtschaften kann.

Preussischer Geh. Rath Wendelstein erklärt: Ein Einschreiten der Staatsregierungen gegen die Zulassungsfälle der Börse ist nach der Börsenordnung nur möglich, wenn erhebliche allgemeine Interessen gefährdet werden. Bisher lag zu einem Einschreiten trotz sorgfältiger Prüfung kein Anlaß vor.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 29. Januar.

Etat des Reichsamts des Innern. Titel Staatssekretär.

Abg. Fürst Bismarck: Er bedauere, daß er in der schier endlosen Debatte noch einmal das Wort ergreifen müßte. Die langen Reden würden beim Zolltarifgesetz wiederkehren. Die schönste Rede aber werde keinen Abgeordneten zu einer anderen Partei hinüberziehen. Die freistimmigen Parteien bedeuten wirtschaftlichen Stillstand, wenn nicht Rückschritt. Der große wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands hätte nicht stattfinden können, wenn man 1878 die Dinge hätte gehen lassen, wie sie waren. Neben den allgemein anerkannten politischen Verdiensten ist es das große Verdienst des ersten Reichskanzlers, daß die Nation durch seine Maßnahmen auch wirtschaftlich stark gemacht wurde, so daß sie auch einmal schlechte Zeiten vertragen kann.

\* Mühlhausen, 29. Jan. Die elsäß-lothringischen Abgeordneten werden im Reichstage eine Interpellation einbringen wegen der Nichtbestätigung des vom Gemeinderath gewählten Beigeordneten Dr. Helmer zum Bürgermeister.

### Preussischer Landtag.

Bpn. Berlin, 28. Januar.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde bei dem Gehalt des Ministers der Landwirtschaft zunächst der Antrag des Centrums auf Einrichtung öffentlicher Schlachtviehversteigerungen unter Beihilfe von staatlichen Mitteln verhandelt, von den Abg. Gamp, Ring und Herold empfohlen, von dem freistimmigen Abg. Dr. Krüger bekämpft, während der Herr Minister für Landwirtschaft erklärte, zu der Frage erst Stellung nehmen zu können, wenn ein bezüglicher Gesetzentwurf ausgearbeitet sei. Der Antrag wurde dann mit großer Mehrheit angenommen.

Alsdann wurde in der üblichen mosaikartigen Weise eine langausgesponnene Debatte über zahlreiche Fragen der landwirtschaftlichen Verwaltung geführt, welche auch vielfach auf die Zolltarifdebatte vom letzten Samstag zurückgriff.

Auf die Bemerkung des Abg. v. Wangenheim, daß keine ausreichende Erhöhung der Dispositionsfonds der landwirtschaftlichen Verwaltung stattgefunden habe, wies der Herr Minister für Landwirtschaft darauf hin, daß seit zehn Jahren diese Fonds von 1,3 Millionen Mark auf 3,4 Millionen Mark im laufenden Jahre erhöht worden seien und daß für 1901 wiederum eine Erhöhung dieser Fonds in Aussicht genommen wäre. Der Finanzminister fügte hinzu, daß es zwar nicht richtig sei, wie behauptet worden, daß er geküßert habe, der Minister für Landwirtschaft stelle nicht ausserordentlich hohe Forderungen. Das würde der Stellung des Finanzministers nicht entsprechen. Es sei aber richtig, daß die Finanzverwaltung immer alle Forderungen der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Befriedigung der Meliorationsfonds genehmigt habe und daß er sich nicht auf eine rein negative Thätigkeit beschränkte, sondern gegebenenfalls auch anregend auf die anderen Ressorts da zu wirken suche, wo nach seiner Auffassung für die Kulturaufgaben des Staates zu wenig geschehe. Im übrigen sei noch viel zu thun; namentlich auch in Bezug auf die Vorbildung der Landwirthe. Die Bewirtschaftung eines großen Gutes sei heute eine der schwierigsten wirtschaftlichen Aufgaben, und es genüge nicht entfernt, daß man auf dem Lande aufgewachsen und Offizier gewesen sei, um dieser Aufgabe zu genügen. Für die Ausbildung der kleineren Landwirthe käme es nicht sowohl auf eine häufig zu weit getriebene theoretische Ausbildung, als vielmehr auf eine tüchtige praktische Ausbildung an. Insbesondere sei das Streben nach der Reise zum Einjährig-Feldbesorger, häufig auch nach der Stellung als Reserveoffizier für die kleineren Landwirthe nichts weniger als ersprießlich. Auch auf diesem Gebiete sei eine weise Beschränkung dringend erforderlich. Sodann erklärte der Herr Vizepräsident des Staatsministeriums auf eine Anfrage des Abg. v. Erffa, daß die Vorberatung der Reichs- und preussischen Ressorts über die Sachanfrage ihrem Abschlusse nahen und demnächstige Aussicht vorhanden sei, dem Reichstage noch in der laufenden Session eine entsprechende Vorlage zu machen. Die Debatte gelangte heute noch nicht zum Abschluß und wird morgen um 11 Uhr fortgesetzt werden.

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 29. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag den Minister der Brauer zu längerem Vortrag und dann den General der Artillerie von Froben, Gouverneur von Metz. Um 1 Uhr folgten die Großherzoglichen Herrschaften einer Einladung Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelme zum Frühstücksstapel.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Majors von Schwerin und des Legationsraths Dr. Seyb.

Seine Königliche Hoheit der Erbprinz wird morgen Mittwoch Abend über Brüssel, Calais, Dover nach London reisen. In Brüssel wird höchstwahrscheinlich mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Schweden und Norwegen zusammentreffen und mit demselben die Reise gemeinsam fortsetzen.

\* (Großherzogliches Hoftheater.) Von der Generaldirektion des Großh. Hoftheaters wird uns zur Veröffentlichung mitgetheilt: Die gefristete Mittheilung über die Zutheilung der für Donnerstag den 31. Januar und für Freitag den 1. Februar angelegten Stücke („Johannisfeuer“ und die drei Einakter) an die Abonnenten der Abtheilungen A und C ist nicht richtig. Es erhält: die Abtheilung C als 34. Vorstellung am Donnerstag „Johannisfeuer“ und die Abtheilung A als 33. Vorstellung am Freitag „Grenschulden“, „Die Beche“, „Liebesräumel“.

Dr. Sch. (Schneebeobachtung.) Zu Beginn der verfloffenen Woche ist in den höheren Lagen des Schwarzwaldes mehrmals etwas Schnee gefallen, doch war es spätestens bis zum Morgen des 26. Januar wieder verschwunden. In der Nacht zum 26. hat sich neuerdings eine dünne Schneedecke gebildet, deren Höhe betragen hat, beim Feldberger Hof 10, in Bonndorf 5 (?), in Hörschwand 1, in Bernau 2, in Gersbach 1, in Todtnauberg 3, in Heubronn 3, in St. Margen 3, in Amlöbis 1, in Breitenbrunn 8, in Perrenwies 7 cm. In den tieferen Lagen des Landes hat sich im Laufe des 26. Januar der erste Schnee in diesem Winter — in der Rheinebene um etwa 10 Wochen später, als es dem Durchschnitt entspricht — in Gestalt von leichten Schneegestöbern eingestellt.

\* (Säbdeutsche Versicherungsbank für Militärdienst- und Tagelohnsteuerer Karlsruhe i/B.) Im Jahre 1900 wurden 6808 Policen über 1041730 M. neu erstellt und es betrug der Versicherungsstand am Schluß dieses Jahres 40662 Policen über 58649555 M. Versicherungssumme. An Prämien wurden rund 2 1/2 Millionen Mark eingeworfen. Der Hypothekenstand ist auf rund 6300000 M. angewachsen, wovon im letzten Jahr allein über 2100000 M. neu verliehen wurden. Die Unkosten haben sich bedeutend verringert, obwohl die Prämienentnahme um etwa 1/4 Million größer war als im Vorjahre.

Die Turngemeinde Karlsruhe hielt am Samstag Abend ihre diesjährige Generalversammlung ab, auf der der I. Vorstand, Herr Frick, einen kurzen Rückblick über die Thätigkeit des Turnraths im abgelaufenen Vereinsjahr gab. Der I. Kassier, Herr Wegeler, erstattete darauf den Kassibericht; wir entnehmen demselben, daß der Verein ein Barvermögen von 3646 M. 27 Pf. und einen Inventarwerth von etwa 2400 M. besitzt. Der I. Turnwart, Herr Berle, gab auf Grund einer angestellten Statistik einen Überblick über den Besuch des Männer- und Damenrings z. Von Seiten der Damenabtheilung wurden ein Schauturnen und zwei Turnfahrten veranstaltet. Nach weiteren Berichten der Schrift- und Zeugwart ging man zur Wahl über. Aus der Wahl gingen hervor: Als Vorstände: J. Frick und G. Stein-

mann; Turnwarte: G. Eberle und F. Reich; Kassiere: J. Wegele und R. Deck; Schriftwarte: Roth und Hilb; Zeugwarte: Zureich und Lang; Kneipwarte: Hensler und Bitter; Weisger: Weiß und Bernhard. Zu Redigatoren wurden A. Reiff und R. Deck wiedergewählt. Als Delegierte zum diesjährigen Ganturtag wurden fünf Abgeordnete und ein Ersatzmann bestimmt. Zu einer weiteren Ansprache wies der I. Vorsitzende noch auf das im Mai d. J. stattfindende 40jährige Stiftungsfest hin.

**3** (Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 26. Januar.) Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Weizel. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Schlimm. — Der früher in Pforzheim anfängliche Goldschmied Friedrich Essig aus Hacht, der im Juli v. J. auf den Namen seines Vaters einen Wechsel über 120 M. fälligte und unter allerlei Vorpiegelungen den Professor Meuser in Pforzheim bestimmte, ihm diesen Wechsel zu diskontieren, erhielt wegen Urkundenfälschung und Betrugs fünf Monate Gefängnis, abzüglich die seit 15. Dezember verbüßte Untersuchungshaft. — Gleichfalls wegen Wechselfälschung angeklagt war der Schuhmacher Karl Richter aus Abersfeld, wohnhaft in Pforzheim. Der Angeklagte, welcher sich im Sommer v. J. in Zahlungsschwierigkeiten befand, suchte sich dadurch aus der Nemme zu helfen, daß er zwei Wechsel über 247 M. und 106 M. 50 Pf. fälligte und diese an Zahlungsstatt gab. Richter wurde wegen Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Gerichtshof erließ weiter folgende Urtheile: Säger Christian Frey aus Enzlstörle wegen Diebstahls sechs Monate Gefängnis; Maurer Wilhelm Kistner aus Bauschlott wegen Diebstahls acht Monate Gefängnis, abzüglich einem Monat Untersuchungshaft; Tagelöhner Karl Wadenhut aus Zptingen wegen Diebstahls, Verleumdung und Kubelstörung unter Anwendung von vier Wochen Untersuchungshaft fünf Monate eine Woche Gefängnis und drei Wochen Haft und Tagelöhner Karl Brohammer aus Steinegg wegen Hehlerei eine Woche Gefängnis.

**V Seibelberg, 26. Jan.** Privatdozent Dr. Parz in München ist zum Leiter des zoologischen Instituts der Universität ernannt worden. — Im Kunverein ist eine Serie von 13 Delgemälden von P. Barthel-Berlin ausgestellt, die sehr anziehend wirken muß. — Gestern gab der berühmte Dresdener Baritonist Perron ein Konzert im Saalbau und fand stürmischen Beifall. Mit ihm war Ritter aus Würzburg, der bekannte Erfinder der Viola alta, gekommen, der von neuem für sein prächtig klingendes Instrument zu interessieren wußte.

**\* Pforzheim, 29. Jan.** Auf die heute zur Vergebung gelangte 4 Proz. Pforzheimer Stadtanleihe wurden folgende Gebote abgegeben: Dresdener Bank 99.13, Generaldirektion der Seehandlung, Genossenschaftsbank, J. Joseph Pforzheim, Süddeutsche Bank Mannheim, Straus & Co. Karlsruhe 99.03, Oldenburgische Sparbank 99.01, Discontogesellschaft, Zeitl. Homburger 98.65, Deutsche Bank 98.68, Nationalbank für Deutschland 98.64, Rheinische Kreditbank, W. H. Labenburg & Söhne, Köln & Co. 98.52.

**Baden, 28. Jan.** Zur Vorfeier des Geburtstages Seiner Majestät des Deutschen Kaisers fand Samstag Abend im großen Saale des Konversationsbaues ein Festkonzert statt, welches außerordentlich zahlreich besucht war. Zur Mitwirkung im Konzert waren Herr Hofkapellmeister Eugen d'Albert und Herr Königl. Sächsischer Hofoperndiriger Karl Perron aus Dresden gewonnen. Beide Künstler ernteten stürmischen Beifall und wurden zugleich durch zahlreiche Hervorrufe ausgezeichnet. In künstlerischer Beziehung gebührt dieses Konzert zu den interessantesten der Winteraison. Beim Festessen am Sonntag im „St. Petersburger Hof“ brachte Herr Oberbürgermeister Gönner einen begeisterten aufgenommenen Kaisertoast aus.

**Freiburg, 27. Jan.** Auf eine Anfrage des Stadtraths von Pforzheim, ob der Freiburger Stadtrath einer Kollektivvorstellung der Städte als Anstalt an die Vorstellung des Deutschen Handelskongresses in der Frage der Erhöhung der Getreibezüge zustimmen würde, erfolgte eine verneinende Antwort. Der hiesige Stadtrath lehnte das Ansuchen einstimmig ab, weil die angeregte Frage außerhalb des Gebietes der Gemeindeverwaltung liege.

**Dom Oberland, 27. Jan.** Die „Mechanische Feuerwehrt inhausen im Wesenthal“ hat die rasche und umsichtige Hilfeleistung anlässlich des Brandes des Fabrikgebäudes am 14. d. M. 150 Mark überwiehen. — In voriger Woche ist am Schauinsland auf der Rappeneck oberhalb Oberried ein größerer Waldbrand ausgebrochen, durch den etwa 40 Morgen Wald und Weidfeld zerstört wurden. Staats-, Gemeinde- und Privatwald wurden betroffen. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit entstanden sein und bei dem damals herrschenden starken Winde rasch um sich gegriffen haben. — Seit heute Nachmittag wüthet auf den Höhen des Schwarzwaldes ein orkanartiger Sturm; das Barometer ist sehr gesunken und die Temperatur milde. — Der Schwarzwaldler Bankverein, welcher seinen Hauptsitz in Triberg hat, hat in Badisch Rheinfelden eine Agentur errichtet.

**7 Konstanz, 27. Jan.** Seit gestern ist das neuerbaute Salondampfschiff „Stadt Konstanz“ unter der Führung des Herrn Kapitän Dörm in den Dienst gestellt. Es ist ein stattliches 55 m langes und 6,4 m breites Schiff mit einem Tiefgang von 1,27 m, bzw. 1,39 m (d. h. bei einer Beladung mit 30 Tonnen oder ungefähr 600 Personen). Von den übrigen vier Salonbooten, die wir bereits besaßen, unterscheidet es sich hauptsächlich durch die etwa doppelt so breiten als hohen Fenster des Saals vom 1. Deck und durch den vollständigen Verschluss des Raumes zwischen den Masten durch Glasstüren nicht nur vor, sondern auch hinter denselben. Das Schiff fährt im Dienste mit einer Geschwindigkeit von 22 km per Stunde, die bis auf 26 km erhöht werden kann. Statt einer Rettungsboje, die unsere übrigen badischen Dampfschiffe am Heck (hinten) tragen, sind zwei größere in Kränzen hängende auf den Masten angebracht. Der starke Bau des Schiffes mit dem breiten tiefgehenden Rumpfe kommt demselben schon heute wohl zu statten, da einer der bestigen Südwestwinde wüthet, die der Schiffsahrt auf dem Bodensee bedeutende Schwierigkeiten verursachen.

### Zum Thronwechsel in England.

(Telegramme.)

**\* London, 29. Jan.** Seine Majestät der Königin hat bestimmt, daß der 2. Februar, der Tag der Beilegung Ihrer Majestät der Königin, als allgemeiner Trauertag gilt. Alle Banken sollen geschlossen sein und alle Geschäfte ruhen.

**\* London, 29. Jan.** Nach einer Bekanntmachung im Amtsblatt dauert die Landestrainer bis zum 6. März, die Halbtrauer bis zum 17. April.

**\* Madrid, 29. Jan.** Spanien entfendet zur Flottenparade nach Spithead den Kreuzer Carlos V.

### England und Transvaal.

(Telegramme.)

**\* London, 29. Jan.** Laut Kabelmeldung des Betriebsleiters der „Rand-Central-Electric-Works“ wird der den Werken am vergangenen Sonntag von den Buren zugefügte Schaden auf 4000 Pfund geschätzt.

### Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

**\* Berlin, 29. Jan.** Aus Peking wird vom 27. d. M. gemeldet: Prinz Tschun und seine Brüder wurden gestern im Kaiserpalast vom Grafen Waldersee empfangen.

**\* New-York, 29. Jan.** Nach einer Meldung aus Peking vom 27. Januar herrscht in der Provinz Schansi infolge Hungersnot großes Elend. Tausende von Eingeborenen starben. Der Hof ordnete an, daß große Mengen Reis vertheilt werden.

**\* Shanghai, 29. Jan.** Einam Telegramm der „North China Daily News“ aus Peking zufolge leidet Li-Hung-Tschang an hochgradigem Fieber. In seinem Wiederaufkommen wird gezweifelt. — Am 28. Januar wurde Tschuangyuhien hingegerichtet.

**\* Peking, 29. Jan.** Houtschenyi, ein Sohn des Fremdenfeindes Huanu, und Tschihju, ein Mitglied des Tschungli-Jamens, beide verantwortliche Führer bei den jüngsten Unruhen am 27. d. M. wurden im japanischen Viertel in Peking verhaftet.

### Neuere Nachrichten und Telegramme.

**\* Berlin, 28. Jan.** Seine Majestät der Kaiser verlieh anlässlich seines Geburtstages dem Wirkl. Geh. Rath und Vortragenden Rath im Auswärtigen Amt, v. Holstein, den Rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, ferner an Staatssekretär v. Richthofen den Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädicat Excellenz.

**\* Berlin, 29. Jan.** General der Infanterie z. D. Albert v. Rauch ist heute hier gestorben.

**\* Stettin, 29. Jan.** Seit gestern ruht auf allen Bauten die Arbeit. Die Maurer traten in den Generalstreik ein.

**\* Dresden, 29. Jan.** Im Besinden des an Influenza erkrankten Prinzen Georg ist noch keine Besserung eingetreten. Der hohe Patient fühlt sich sehr matt. Die Nahrungsaufnahme ist äußerst gering. Anlaß zur Besorgnis ist nicht vorhanden.

**\* Darmstadt, 29. Jan.** Die russische Gesandte am hiesigen Hofe ist gestern Abend nach längerem Leben gestorben.

**\* Badapetz, 28. Jan.** Abgeordneterhaus. Bei der Beratung des Budgets des Handelsministeriums bespricht der oppositionelle Polonyi die vorgelegte Erklärung des deutschen Reichskanzlers betreffend die Zollerrhöhung für landwirtschaftliche Produkte und bespricht unter solchen Umständen die Möglichkeit des Abschlusses der Handelsverträge.

**\* Osborne, 28. Jan.** Heute Vormittag wurde der Deutsche Kronprinz von Seiner Majestät dem König feierlich mit dem Hofenbandorden investirt.

**\* Cowes, 29. Jan.** Bei der Ceremonie der Investitur des Deutschen Kronprinzen mit dem Hofenbandorden fand Seine Majestät der König in Feldmarschallsuniform vor dem Throne, Ihre Majestät die Königin zu seiner Rechten. Seine Majestät der Kaiser zur Linken in der Uniform der englischen Garde-dräger. Der Kronprinz trug die Uniform des 1. Garde-regiments zu Fuß und kniete auf einem seidenen Kissen vor dem Könige, als dieser ihm den Orden um den Hals legte. Alsdann hielt der König an den Kronprinzen eine herzliche Ansprache und wandte sich mit tief bewegten Worten an den Kaiser, indem er des Besuchs desselben gedachte, der in die Zeit des schmerzlichen Verlustes gefallen sei. Er verweilte dann bei den persönlichen und anderen Beziehungen, welche beide Länder verbinden. Während der Feier standen hinter dem Könige die Herzöge von Cambridge und Sachsen-Coburg-Gotha, Prinz Karl von Dänemark und die übrigen Fürstlichkeiten. Paten waren Prinz Christian von Schleswig-Holstein und der Herzog von Connaught. Zur Linken der Königin standen die Prinzessinnen. Lady Roberts und Lady Norfolk waren gleichfalls anwesend. Die Ansprache des Königs machte einen tiefen Eindruck.

**\* Paris, 29. Jan.** Anlässlich des Geburtstages Seiner Majestät des Deutschen Kaisers fand im Hotel Continental unter Vorsitz des deutschen Geschäftsträgers v. Schölzer ein Festessen statt, woran der bayerische Geschäftsträger v. d. Lann, die Mitglieder der Botschaft, Reichskommissar Richter, sowie über 200 Herren und Damen der deutschen Kolonie theilnahmen. Nach einem Trinkspruch v. d. Lann's auf den Präsidenten Loubet brachte v. Schölzer das Hoch auf den Kaiser aus. Der Gesandte erinnerte an die großen Erfolge, welche Deutschland dank der Initiative des Kaisers während dessen Regierungszeit in Frieden und Freundschaft mit den anderen Mächten erzielte und hob mit Genugthuung hervor, daß Deutschland und Frankreich sich der gemeinsamen Erfüllung großer zivilisatorischer Aufgaben widmen konnten.

**\* Paris, 29. Jan.** Deputirtenkammer. Abbe Gayraud legt seine Rede über das Vereinsgesetz fort und spricht über die Moral der Orden. Man wirft ihnen den Gehorsam perinde ac cadaver vor. Das ist aber eine Formel, unter der sich Alle den verfassungswidrlichen Gewalten beugen müssen. Ist aber militärischer Gehorsam nicht dasselbe? Gehorsam oder seine Stelle verlieren, darauf ist Jeder, der einen Herrn hat, gestellt. Der Probabilismus, den der Berichterstatter angegriffen hat, und die Doktrin der geheimen Worte halte wird in allen Seminaren Frankreichs gelehrt. Der Redner geht dazu über, den Begriff der „öffentlichen Ordnung“ in der Vorlage zu kritisieren. Dieser Begriff, sagt

er, hat fortwährend in der Geschichte gewechselt. Die Inquisitionen des Mittelalters waren Verteidiger der republikanischen Ordnung, sie verteidigten die christliche Republik, ihre moralische Einheit und ihre Lehre. (Widerpruch links.) Ich will nicht alle Thaten der Inquisition rechtfertigen, sondern der Leidenschaft dem Fanatismus und sogar dem Verbrechen einen Platz einräumen. Die spanische Inquisition war ein königliches Tribunal und kein kirchliches. Der Redner spricht gegen die politische und besonders die wahlpolitische Betätigung der religiösen Genossenschaften. Die Genossenschaften aber können nicht gleichgültig sein in Bezug auf die Verteidigung der Kirche, dazu braucht man auch die Presse und den Wahlkampf. Die Mitglieder der religiösen Genossenschaften sind Bürger wie alle übrigen und so können sie auch die bürgerlichen Freiheiten ausüben. Ein Mittel dagegen könnte man vielleicht in Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhl finden.

Der Berichterstatter Trouillot beantragt den Gegenantrag Gayraud abzulehnen, was mit 419 gegen 94 Stimmen geschieht.

Abbe Lemire verteidigt seinen Gegenantrag und macht der Regierungsvorlage den Vorwurf, sie zerstöre die Gleichheit der Person vor dem Gesetz.

Fortsetzung der Beratung des Vereinsgesetzes Dienstag. Goujon schlägt eine Tagesordnung vor, welche die Trauer Frankreichs um den großen Komponisten Verdi ausdrückt und worin betont wird, Frankreich schließe sich dem Schmerz des italienischen Volkes an. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen und die Sitzung darauf aufgehoben.

**\* Paris, 29. Jan.** Alle Angestellten der Pariser Stadtbahn stellten die Arbeit ein. Der Zugverkehr ruht. Die Bahnhöfe wurden militärisch besetzt.

**\* Nisch, 29. Jan.** Die Stupätina nahm den Gesammtentwurf an, betreffend die Reform des Richterstandes, wonach die Richter unabsetzbar und unversetzbar sein sollen.

**\* New-York, 28. Jan.** Nach einem Telegramm des „New-York Herald“ aus Port of Spain gingen dort Meldungen über einen heftigen Kampf ein, der in der vorigen Woche in der Nähe von Guirra-Carupano in Venezuela stattgefunden hat und der mit einer entschiedenen Niederlage der Regierungstruppen geendet hat. Mehrere hundert Mann sind gefallen. Die Aufständischen hätten Carupano wieder genommen und eine Menge Waffen und Munition erbeutet.

### Verstorbene.

**+ Berlin, 29. Jan.** (Telegr.) Gestern Nachmittag fand im großen Saale des Rathhauses die Trauerfeier für den früheren Oberbürgermeister Zelle statt. Am Sarge lagte im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers der Geh. Regierungsrath Nießner, im Auftrage Ihrer Majestät der Kaiserin Frhr. v. Mirbach einen Kranz nieder.

**+ Berlin, 29. Jan.** (Telegr.) Die Aktionärversammlung der Deutschen Grundschuldbank beschloß, in Liquidation einzutreten. Es wurde mitgetheilt, daß die bestehenden Differenzen mit der Preussischen Hypothekendarlehenbank wegen 41,6 Millionen Mark mindermwerthiger Hypotheken einem Schlichtungsgericht unterbreitet werden sollen. Der Subdirector Berthold Barneck wurde seines Amtes für verlustig erklärt und das Mitglied des Aufsichtsraths, Spielhagen, seines Amtes enthoben. Netto-Eupel theilte mit, daß von den fälligen 1127000 M. Zinsen nur 280000 M. bisher eingegangen seien.

**+ Berlin, 29. Jan.** (Telegr.) Ueber Sturmverheerungen melden die Morgenblätter: Das Vorkumers Feuererschiff hat sich von seinem Ankerplatz losgerissen und ist verschwunden. — In Dresden wurde Vormittags ein Theil des Hofopernhauses abgedeckt, so daß keine Vorstellungen in den nächsten Tagen möglich sind.

**+ Köln, 29. Jan.** (Telegr.) Amtlich wird gemeldet: Gestern Abend kurz nach 11 Uhr stieß bei Worringen ein Güterzug bei der Ausfahrt in der Richtung nach Neuss mit einem von dort kommenden Güterzug zusammen. Ein Feiger wurde getödtet, ein Bremser schwer verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

**+ Paris, 29. Jan.** (Telegr.) Der dramatische Dichter Henri de Bonier, Mitglied der Akademie, ist gestern gestorben.

**+ Mailand, 29. Jan.** (Telegr.) Die Beerdigung Verdis ist auf Mittwoch, 7 Uhr Vormittags, festgesetzt.

**+ St. Petersburg, 28. Jan.** (Telegr.) Feldmarschall Gurko ist gestorben.

### Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 31. Jan. Abth. C. 34. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) „Johanniseuer“, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Suderem. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Freitag, 1. Febr. Abth. A. 33. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Ehrenschuld“, Trauerspiel in 1 Akt von Paul Heyse. — „Die Zedler“, Schauspiel in 1 Akt von Ludwig Fulda. — „Liebesträume“, Lustspiel in 1 Akt von Max Dreyer. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Im Theater in Baden.

Mittwoch, 30. Jan. 19. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Das Thal von Andorra“, Oper in 3 Aufzügen. Nach dem Französischen des St. Georges frei bearbeitet von S. Hellstab, Musik von F. Paléstr. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 9 Uhr.

Meteorbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 29. Jan. 1901. Eine Depression liegt heute über Nordosteuropa und ein Theilmilnimum ist über Polen zu erkennen; unter der Einwirkung heider ist das Wetter auf dem ganzen Festland trüb und zu Niederschlägen geneigt. In Skandinavien und im Ostseegebiet ist Frost eingetreten. Da sich die Depression voraussichtlich entfernt und da keine neue zu folgen scheint, so ist bewölkt und rauhes Wetter mit abnehmenden Niederschlägen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in %	Wind	Witterung
28. Nachts 9 <sup>30</sup> U.	736.2	3.0	5.5	96	SW bedeckt
29. Morgs. 7 <sup>30</sup> U.	736.8	2.0	4.2	78	„ „
29. Mittags 2 <sup>30</sup> U.	738.1	2.8	4.1	72	„ „

Höchste Temperatur am 28. Januar: 9.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.0.

Niederschlagsmenge des 28. Januar: 10.7 mm.

Wasserstand des Rheins. Maxan, 29. Jan.: 3.63 m, gestiegen 59 cm.

### Wasserstands-Nachrichten.

Eingelassen Montag, den 28. Januar, Nachmittags.

Wutach. Oberlauchringen: heute Vormittag 9 Uhr 150 cm, Nachmittags 4 Uhr 110 cm, gefallen 40 cm; fallend.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Reig in Karlsruhe.

### Die Tilgung der 3 1/2%igen Badischen Eisenbahnanleihen von den Jahren 1859/1861, 1862/1864, 1878 und 1879 betreffend.

Nach Maßgabe der betreffenden Anleihebestimmungen werden in unserm Geschäftszimmer Nr. 15 nachstehende Ziehungen vorgenommen werden:

- am 6. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr:
  - von den 3 1/2%igen Anleihen von 1859/61: je 269 Schuldverschreibungen zu 1000, 500 und 100 fl. zur Heimzahlung auf 1. September 1901 bestimmt;
  - von den 3 1/2%igen Anleihen von 1862/64: je 404 Schuldverschreibungen zu 1000, 500, 200 und 100 fl. zur Heimzahlung auf 1. Oktober 1901 bestimmt;
- am gleichen Tage, Nachmittags 4 Uhr:
  - von dem 3 1/2%igen Anleihen von 1878: je 116 Schuldverschreibungen zu 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark zur Heimzahlung auf 1. Oktober 1901 bestimmt;
  - von dem 3 1/2%igen Anleihen von 1879: je 224 Schuldverschreibungen zu 2000, 1000, 500, 300 und 200 Mark zur Heimzahlung auf 1. September 1901 bestimmt.

Karlsruhe, den 26. Januar 1901. **Großh. Eisenbahnschuldentilgungskasse.**  
G 839  
G 811er.

Ziehung: **III. Badische** 14. Februar 1901.

## Rothe Kreuz-Geld-Lotterie

1760 Gewinne im Gesamtbetrag von 50 000 Mk.  
Hauptgewinne zu M. 20 000, 10 000 u. f. w. in baarem Gelde.  
= Preis des Loses 2 Mk., 11 Lose 20 Mk. =

Für Porto und Ziehungsliste sind 25 Pfg. mit einzufenden. Versandt auch gegen Nachnahme (25 Pfg. mehr) oder Postanweisung.

Durch den General-Losvertrieb von **Franz Pecher**, Hoflieferant in Karlsruhe, Kaiserstr. 78, die Hauptagentur von **Carl Götz**, Lederhandlung, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15, und die mit Plakaten bezeichneten Verkaufsstellen. F 828.15

### Für Aerzte!

Sich fudge zu kaufen und bitte um Angebote:  
Archiv f. Augen- u. Ohrenheilkunde, Bd. 1, 2, und 3.  
Erschienen in der Müller'schen Hofbuchhandlung 1869 bis 74.  
**Ernst Carlsbach**, Buchhandlung, Heidelberg.

### Stammholzversteigerung.

Die Stadtgemeinde Kastatt läßt am Montag den 4. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, am Platze selbst, mit Zusammenkunft an der Rheinauer Murgbrücke, nachverzeichnete Holzsortimente öffentlich veräußern:

- 15 Eichen von 4,23 fm an abwärts,
- 109 Eichen " 1,73 fm " "
- 20 Kiefern " 1,11 fm " "
- 26 Erlen, 5 Fichten, 3 Weiden, 4 Palm-büchen, 4 Horn, 2 Maholbder, 5 Aepfen, 1 Pappel und 1 Kufbaum.

Bei Stellung guter Bürgschaft wird ungenüßliche Borgfrist bis 1. Oktober d. J. und bei Baarzahlung binnen sechs Wochen vom Tage der Genehmigung an gerechnet, zwei Prozent Rabatt gewährt.

Auszüge aus der Stammholzliste können von Waldhüter Seidel hier bezogen werden. G 821  
Kastatt, den 23. Januar 1901.  
Der Gemeinderath: **Braunig, Beder.**  
Bürgerliche Rechtskreite.

G 838. Nr. 1077. Freiburg.  
**Bekanntmachung.**  
Die Ziehung der zur Heimzahlung bestimmter Schuldverschreibungen des Kreisverbandes Freiburg betreffend.  
Bei der heute vorchriftsgemäß vorgenommenen Ziehung wurden folgende Nummern der zur Heimzahlung bestimmten Schuldverschreibungen des Kreisverbandes von 1879 gezogen:  
Lit. A à 1000 M. Nr. 8, 13, 34, 51, 72, 117.  
Lit. B à 500 M. Nr. 113, 132.  
Lit. C à 200 M. Nr. 6, 149, 179, 249.  
Diese Obligationen mit ihrem Nennwert von zusammen 7800 M. werden zur Heimzahlung auf 1. September 1901 gekündigt, von welchem Tage an keine weiteren Zinsen mehr vergütet werden.  
Die Zahlung geschieht bei der Kreis-kasse hier, sowie der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Filialen in Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg gegen Rückgabe der betr. Schuldverschreibung mit den dazu gehörigen Zinscoupons und Talons.  
Freiburg i. B., den 23. Januar 1901.  
Der Kreisverband: **Frhr. v. Böklin, Egger.**

G 829. Nr. 1783. Baden. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirtes Karl Haich in Geroldsau ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlussfassung der Vermögensstände der Schlusstermin auf Freitag den 15. Februar 1901, Vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst im neuen Amtsgerichtsgebäude bestimmt.  
Baden, den 22. Januar 1901.  
Weißhuf, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

**Konkurs.**  
G 842. Nr. 3806. Karlsruhe.  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Jacob Geiger zu Karlsruhe wurde heute am 28. Januar 1901, Nachmittags 1/7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Kaufmann Karl Burger hier ist zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar 1901 bei dem Gerichte anzumelden.  
Es ist zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag den 15. Februar 1901, Vormittags 11 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag den 15. März 1901, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Akademiestraße Nr. 2, II. Stock, Zimmer Nr. 14, Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufgelegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Februar 1901 Anzeige zu machen.  
Karlsruhe, den 28. Januar 1901.  
Thum, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

**Strafrechtspflege.**  
Labung.  
G 818.1. E. 5. Nr. 1826. Offenburg.  
Der am 18. Juli 1877 zu Adlitz (Schweiz) geborene, in Durbach heimathliche Paul Brandstetter, der am 2. November 1876 in Münchenstein, Kanton Basel, geborene, in Freisingheim heimathsberechtigte Gustav Adolf Eser, der am 28. Juni 1877 in Baden geborene, zuletzt in Neumeyer wohnhafte Eugen Helfrich, der am 1. August 1878 zu Kusbach geborene, zuletzt in Offenburg wohnhafte Ernst Heinrich Weidig, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben.  
Vergehen gegen § 140 Biff. 1 R. St. G. B.  
Dieselben werden auf Mittwoch den 13. März 1901, Vormittags 9 Uhr, vor die II. Strafkammer des Großh. Landgerichts Offenburg zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden die Angeklagten auf Grund der nach § 472 Str. P. O. von den Civilvorstehenden der Ortsgemeinschaften zu Halle a. S., Kaiserlautern, Adelsheim, Tübingen, Jülich, Horb und Heppenheim ausgefertigten Erklärungen verurtheilt werden.  
Mannheim, den 24. Januar 1901.  
Großh. Staatsanwalt: Baumgartner.

**Verwaltungsachen.**  
G 825. Karlsruhe.  
**Bekanntmachung.**  
Den Bau einer Nebenbahn von Wiesloch nach Waldangelloch betr.  
Durch Allerhöchste Staatsministerialentscheidung vom 10. Januar 1901, Nr. 23, ist auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen worden, daß:  
1. die Richtung der Bahnlinie für die in die Gemarkungen Rauenberg, Rothenberg, Mühlhausen, Eichersheim, Michel-sfeld und Waldangelloch fallenden Strecken der Nebenbahn von Wiesloch nach Waldangelloch, wie solche in den vorgelegten Plänen dargestellt und in der Natur abgesteckt und profitirt ist, als festbestimmt zu gelten habe,  
2. die theilhaftigen Eigentümer, welche

G 841. Karlsruhe.  
**Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.**  
Für rothe, an Gipsmühlen bestimmte Gipssteine, die nachweisbar zu Düngegips verarbeitet werden, wird mit Wirkung vom 1. Februar 1901 im Bezirkspfälzischen Güterverkehr unter gewissen Kontrollbestimmungen die 20%ige Ermäßigung des Ausnahmestarfs für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation genehmigt.  
Karlsruhe, den 27. Januar 1901.  
Ramen der beteiligten Verwaltungen: Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Mannheim. G 647  
Nr. 913. Zum Vereinsregister Band I O. 3. 2. Colu m b u s, Verein für katolische Kaufleute und Beamte in Mannheim wurde eingetragen:  
Wolf Hollerbach ist als Vorstand ausgeschieden; der stellvertretende Vorstand Christian Helfrich ist als Vorstand und Heinrich Schmitt, Kaufmann in Mannheim als stellvertretender Vorstand bestellt.  
Mannheim, den 12. Januar 1901.  
Großh. Amtsgericht I.

2. August Müller, geboren am 23. November 1877 in Hüringen (Pfalz),  
3. Julius Neuberger, geboren am 17. August 1877 in Sennfeld, Kaufmann,  
4. Wilhelm Stockert, geboren am 23. Oktober 1876 in Rosenfeld,  
5. Hippmann Funkenstein, geboren am 20. August 1864 in Merchingen,  
6. Schmah Neuberger, geboren am 2. Dezember 1875 in Sennfeld, Kaufmann,  
7. Karl Friedrich Ertter, geboren am 1. April 1879 in Obnningen (Oberamt Tübingen), Schneider,  
8. Ludwig Becker, geboren am 11. Oktober 1877 in Jülich, Friseur,  
9. Johann Friedrich Raab, geboren am 22. August 1878 in Mühlten (Oberamt Horb), Tagelöhner,  
10. Sigmund Weichsel, geboren am 20. Juli 1878 in Rimbach (Pfalz), Schneider,  
alle zuletzt in Mannheim wohnhaft, werden beschuldigt, daß sie als Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen haben oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten.  
Vergehen, strafbar nach § 140 Biff. 1 R. St. G. B.  
Dieselben werden zur Hauptverhandlung auf Mittwoch, den 27. März 1901, Vormittags 9 Uhr, vor die Strafkammer I. des Großherzoglichen Landgerichts Mannheim vorgelegt.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden die Angeklagten auf Grund der nach § 472 Str. P. O. von den Civilvorstehenden der Ortsgemeinschaften zu Halle a. S., Kaiserlautern, Adelsheim, Tübingen, Jülich, Horb und Heppenheim ausgefertigten Erklärungen verurtheilt werden.  
Mannheim, den 24. Januar 1901.  
Großh. Staatsanwalt: Baumgartner.

**Bekanntmachung.**  
G 817. Nr. 5117. Mannheim.  
Durch Beschluß des Großh. Landgerichts Mannheim, Strafkammer I, vom 17. Januar 1901 wurde zur Dedung der die Angeklagten Schmah Neuberger von Sennfeld und Sigmund Weichsel von Rimbach möglicherweise treffenden höchsten Geldstrafen und der Kosten des Verfahrens das im Deutschen Reich befähigte Vermögen derselben bis zum Betrage von 300 Mk. gemäß §§ 325, 326 Str. P. O. mit Beschlag belegt.  
Mannheim, den 24. Januar 1901.  
Großh. Staatsanwalt: Baumgartner.

**Bekanntmachung.**  
G 817. Nr. 5117. Mannheim.  
Durch Beschluß des Großh. Landgerichts Mannheim, Strafkammer I, vom 17. Januar 1901 wurde zur Dedung der die Angeklagten Schmah Neuberger von Sennfeld und Sigmund Weichsel von Rimbach möglicherweise treffenden höchsten Geldstrafen und der Kosten des Verfahrens das im Deutschen Reich befähigte Vermögen derselben bis zum Betrage von 300 Mk. gemäß §§ 325, 326 Str. P. O. mit Beschlag belegt.  
Mannheim, den 24. Januar 1901.  
Großh. Staatsanwalt: Baumgartner.

**Bekanntmachung.**  
G 817. Nr. 5117. Mannheim.  
Durch Beschluß des Großh. Landgerichts Mannheim, Strafkammer I, vom 17. Januar 1901 wurde zur Dedung der die Angeklagten Schmah Neuberger von Sennfeld und Sigmund Weichsel von Rimbach möglicherweise treffenden höchsten Geldstrafen und der Kosten des Verfahrens das im Deutschen Reich befähigte Vermögen derselben bis zum Betrage von 300 Mk. gemäß §§ 325, 326 Str. P. O. mit Beschlag belegt.  
Mannheim, den 24. Januar 1901.  
Großh. Staatsanwalt: Baumgartner.

in die Abtretung des Eigenthums nicht eingewilligt haben, verpflichtet seien, das Eigenthum an den in Betracht kommenden Grundstücken zum Zwecke der Anlage dieser Bahnbauten an die Unternehmerrin, Badische Lokal-Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Karlsruhe, gegen vorgängige Entschädigung abzutreten und  
3. den von den Beteiligten in den Enteignungsfahrten gestellten Anträgen, soweit solche von der Expropriationskommission für begründet erklärt wurden oder die Bahnunternehmung die Berücksichtigung zugesagt hat, zu entsprechen sei.  
Karlsruhe, den 21. Januar 1901.  
Großh. Ministerium des Innern.  
G 811er. v. Rüd.

**Bekanntmachung.**  
G 811er. v. Rüd.  
**Wasserverforgung Hausen i. B.**  
Die Gemeinde Hausen i. B. verleiht die Erd- und Metallarbeiten für ihre neue Wasserverforgung, bestehend aus ca. 4500 m Grundrohrsträngen von 40 bis 100 mm Durchmesser, 28 Hydranten, 28 Schiebern zc., sowie die Bestandtheile für ca. 80 Hausleitungen.  
Die für die Angebote zu benutzenden Verzeichnisse können unentgeltlich von uns bezogen werden und sind versiegelt und mit der Aufschrift „Wasserverforgung“ versehen spätestens bis Samstag den 9. Februar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, an den Gemeinderath Hausen i. B. einzuliefern. G 792.2  
Ziengen, den 25. Januar 1901.  
Großh. Kulturreinspektion.

**Bekanntmachung.**  
G 792.2  
**Wasserverforgung Kollingen.**  
Die Gemeinde Kollingen verleiht die Erd- und Metallarbeiten für ihre neue Wasserverforgung, bestehend aus ca. 6000 m Grundrohrsträngen von 60 bis 125 mm Durchmesser, 25 Hydranten, 17 Schiebern zc., sowie die Bestandtheile für ca. 80 Hausleitungen.  
Die für die Angebote zu benutzenden Verzeichnisse können unentgeltlich von uns bezogen werden und sind versiegelt und mit der Aufschrift „Wasserverforgung“ versehen spätestens bis Freitag den 5. Februar 1901, Vormittags 10 Uhr, an den Gemeinderath Kollingen einzuliefern. G 791.2  
Ziengen, den 25. Januar 1901.  
Großh. Kulturreinspektion.

**Bekanntmachung.**  
G 841. Karlsruhe.  
**Südwestdeutscher Eisenbahn-Verband.**  
Für rothe, an Gipsmühlen bestimmte Gipssteine, die nachweisbar zu Düngegips verarbeitet werden, wird mit Wirkung vom 1. Februar 1901 im Bezirkspfälzischen Güterverkehr unter gewissen Kontrollbestimmungen die 20%ige Ermäßigung des Ausnahmestarfs für Düngemittel und Rohmaterialien der Kunstdüngerfabrikation genehmigt.  
Karlsruhe, den 27. Januar 1901.  
Ramen der beteiligten Verwaltungen: Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Mannheim. G 647  
Nr. 913. Zum Vereinsregister Band I O. 3. 2. Colu m b u s, Verein für katolische Kaufleute und Beamte in Mannheim wurde eingetragen:  
Wolf Hollerbach ist als Vorstand ausgeschieden; der stellvertretende Vorstand Christian Helfrich ist als Vorstand und Heinrich Schmitt, Kaufmann in Mannheim als stellvertretender Vorstand bestellt.  
Mannheim, den 12. Januar 1901.  
Großh. Amtsgericht I.

### Marktpreise der Woche vom 20. Januar 1901 bis 27. Januar 1901. (Wittgeheit vom Großh. Statistischen Landesamt.)

Erhebungsorte	100 Kilogramm					Erhebungsorte	1 Kilogramm.										10 Liter	1 Liter	1 Ster	100 Kilogramm										
	Weizen	Kornen	Progen	Gerste	Safer		Stroh	Heu	Sartoffeln	Wegweiden					Wegweiden	Wegweiden	Wegweiden													
Hilzingen	16.85	—	—	14.90	—	Konstanz	6.—	5.—	7.—	5.50	38	34	24	26	148	140	120	150	150	152	200	80	22	80	12.50	10.50	4.00	4.00	360	360
Konstanz	17.—	—	14.—	15.—	15.50	Stodach	4.80	3.20	6.—	4.—	40	34	25	28	140	136	100	140	140	140	210	80	22	80	10.50	8.50	3.80	3.80	340	340
Waldsiedl.	16.70	—	13.90	13.80	14.—	Ueberlingen	4.—	3.20	6.10	5.20	34	26	24	28	136	128	116	128	120	136	190	75	25	70	11.—	9.—	4.50	—	—	—
Wegscheid	—	16.17	—	—	12.57	Donauwörth	4.40	4.—	7.—	3.20	36	32	25	36	140	140	120	140	120	130	210	80	24	80	10.50	8.50	—	—	320	280
Wullenborn	16.80	16.02	14.20	14.66	13.48	Billingen	5.—	4.40	6.—	5.—	40	38	27	30	140	140	120	140	130	140	169	75	23	80	9.—	7.—	4.00	3.00	320	300
Stodach	16.30	16.30	13.50	—	12.50	Waldbühl	4.—	3.—	6.—	5.50	38	36	27	32	128	128	100	140	140	180	80	24	90	9.—	7.—	4.00	3.40	—	—	
Ueberlingen	16.39	16.52	13.55	—	13.48	Breisach	6.80	5.—	6.50	5.40	44	36	26	30	140	128	120	140	130	200	85	23	75	11.—	8.50	4.50	350	350	—	—
Billingen	—	16.46	—	—	12.94	Ettenthal	7.50	6.80	8.50	5.—	32	22	26	26	—	120	120	140	—	128	180	80	24	85	13.50	8.50	—	340	300	—
Bonnborn	—	—	—	—	—	Freiburg	7.—	6.50	8.50	4.50	42	32	25	26	144	136	96	160	160	150	190	80	26	80	11.—	8.25	350	310	250	—
Breisach	17.40	—	15.—	15.50	15.50	Vörsach	6.—	5.80	7.—	5.70	38	—	27	44	140	130	100	150	140	140	230	100	26	70	12.50	9.—	4.80	—	340	—
Emmendingen	—	—	—	—	—	Rehl	6.50	6.—	8.—	3.—	40	26	25	32	140	120	100	132	140	140	200	80	24	80	11.—	8.50	330	300	260	245
Enzingen	17.—	—	14.—	15.—	15.—	Mühlheim	8.—	—	10.—	5.60	44	40	27	33	144	140	132	144	140	140	200	80	20	80	12.—	9.—	340	300	—	—
Enzhausen	—	—	—	—	—	Lahr	6.—	5.—	7.50	5.20	36	26	24	29	148	136	136	140	132	140	200	80	20	80	11.—	8.50	330	300	—	—
Freiburg	17.50	—	14.60	14.50	15.—	Offenburg	6.—	5.—	7.—	4.90	40	26	23	25	148	140	130	140	140	180	90	24	70	11.50	9.50	—	320	300	300	—
Mühlheim	18.—	—	15.—	14.50	14.50	Baden	7.40	—	8.60	3.90	50	43	32	34	150	140	100	155	150	145	230	90	22	80	15.—	12.—	300	220	290	220
Schopfheim	18.—	18.—	15.50	15.50	16.50	Rastatt	6.80	—	8.80	4.34	46	32	28	34	140	128	100	140	140	128	190	80	22	80	15.—	12.—	300	220	290	220
Lahr	—	—	—	—	15.—	Bruchsal	6.60	5.—	8.50	4.—	36	26	26	28	140	128	90	152	140	144	210	80	23	80	14.50	12.—	310	300	310	300
Offenburg	17.50	—	15.—	15.50	14.50	Durlach	5.50	5.—	8.—	3.60	40	30	26	40	144	132	90	152	140	144	210	80	23	80	14.50	12.—	310	300	310	300
Rastatt	17.25	—	15.50	14.50	14.50	Ettlingen	6.—	4.50	8.—	4.20	32	24	25	30	136	128	106	136	110	144	220	75	23	80	13.—	9.—	320	270	250	220
Bruchsal	17.50	17.50	15.—	16.50	14.80	Karlsruhe	6.50	5.—	8.50	6.50	40	32	25	26	136	128	—	144	120	144	240	80	24	70	14.—	12.—	300	280	—	—
Durlach	18.42	18.08	15.96	17.25	15.—	Forstheim	5.50	4.—	8.—	4.60	36	30	23	26	136	128	—	144	120	144	240	80	24	70	13.—	—	300	280	—	—
Mannheim	18.13	17.25	15.18	17.25	14.42	Mannheim	6.50	5.—	8.50	6.50	40	32	25	26	140	140	100	150	140	140	280	90	24	70	13.—	—	300	270	280	240
Wiesloch	17.—	16.50	16.—	16.—	14.50	Schweigenen	6.50	—	7.—	5.—	40	30	25	25	148	140	—	152												